

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung Oktober 2017

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Gute Arbeit auch in der Pflege ([7/1125](#))**

Jeder Mensch hat in seinem Leben Phasen, in denen er pflegerische Hilfe braucht, ob auf der Säuglingsstation, im Krankenhaus oder im Pflegeheim. Pflege ist eine personelle Dienstleistung mit hoher Autonomie der Pflegekraft. Es ist ein Beruf, der auf Interaktion zwischen dem Pflegenden und dem Gepflegten. Damit dieser Beruf entsprechend des aktuellen Ausbildungsstands und bedarfsgerecht ausgeübt werden kann, bedarf es einer entsprechenden sachlichen und personellen Ausstattung. Damit sich mehr Menschen für den Pflegeberuf entscheiden und sich die Personalausstattung in der Kranken- und Altenpflege verbessert, fordern wir, dass die Landesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Hierzu hat sie auf Landesebene u.a. die Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler von privaten Pflegeschulen von der Zahlung eines Schulgeldes zu befreien. Es ist nicht einsichtig, warum diejenigen, die diesen oder andere Gesundheitsberufe an einer staatlichen Schule lernen, hiervon befreit sind, während es Schülerinnen und Schüler an einer privaten Schule Pflicht ist. Die Schulgeldfreiheit fordern wir von der Landesregierung seit Jahren.

Dringend brauchen wir einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn in der Pflege, denn Unterschiede zwischen 400 und 600 Euro pro Monat sind für die Abwanderung von Pflegefachkräften aus Mecklenburg-Vorpommern nach den westlichen Bundesländern wesentliche Anreize.

## **Gesetzliche Krankenversicherung stärken – Pauschale Beihilfe für Beamte auch in Mecklenburg-Vorpommern einführen ([7/1126](#))**

Seit dem Jahr 2009 besteht für alle Bürger die Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung, also auch für Beamtinnen und Beamte. Sie können zwar formal zwischen einer gesetzlichen oder einer privaten Krankenkasse wählen. Real sind sie bislang aber allein auf die private Krankenversicherung angewiesen, denn nur für diese gibt es eine Beihilfe. Die Beihilfe ist individuell und beträgt bei aktiven Beamtinnen und Beamten in der Regel 50 Prozent der Krankheitskosten. Die restlichen 50 Prozent sichert die private Krankenversicherung ab.

Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, diese Benachteiligung zu beseitigen. Beamtinnen und Beamte sollen in M-V ein reales Wahlrecht ohne finanzielle Nachteile erhalten. Sie sollen bei ihrer Krankenversicherung frei zwischen einer gesetzlichen und einer privaten Form wählen können. Ein reales Wahlrecht, beispielsweise durch eine Reform der Beihilfe, wäre eine Option.

## **Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern ([7/1124](#))**

Seit 1999 gibt es in Mecklenburg-Vorpommern das Wahlrecht bei Kommunalwahlen ab 16 Jahren. Es ist längst überfällig, dass dieses auch bei Landtagswahlen eingeführt wird. Eine diesbezügliche Ungleichbehandlung von Landtags- und Kommunalwahlen kann nicht länger hingenommen werden. Die Länder Brandenburg, Bremen und Hamburg haben das Wahlrecht ab 16 bereits und berichten durchaus positiv. Es hat sich dort gezeigt, dass auch Jugendliche sehr verantwortungsvoll mit ihrem Wahlrecht umgehen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wäre das Wahlrecht ab 16 eine Bereicherung in der politischen Auseinandersetzung und sollte deshalb zügig eingeführt werden.

## **Studentisches Wohnen erleichtern – Wohnheimplätze schaffen ([7/1128](#))**

Der Anteil der Studierenden, die einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen können, ist in Rostock und Greifswald besonders niedrig. Wohnkosten machen den größten Teil der Ausgaben für Studierende aus.

Wohnheimplätze der Studierendenwerke sind die preiswerteste studentische Wohnform. Insbesondere ausländische haben kaum eine Chance, überhaupt eine Wohnung zu finden.

Fehlen Wohnheimplätze konkurrieren Studierende mit Wohnungsuchenden, die es besonders schwer auf dem Wohnungsmarkt haben etwa weil sie über wenig oder kein Einkommen verfügen, weil sie krank oder behindert sind, weil sie alleinerziehend sind und/oder viele Kinder haben, weil sie Ausländer, Flüchtlinge oder gar obdachlos sind oder straffällig waren. Studierendenwerke müssen beim Wohnheimneubau in Rostock und Greifswald unterstützt werden. Eine Möglichkeit wäre eine Projektförderung, wie sie bspw. auch beim Mensaneubau in Rostock zur Anwendung kommt. Zudem müssen sich die Länder gemeinsam mit dem Bund auf ein Bund-Länder-Programm zum Neubau und zur Modernisierung von Wohnheimen einigen. Denn nur eine ausreichende Zuschussförderung ermöglicht BAFöG-gerechte Wohnkosten.

## **Zweite Lesung Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Mindestarbeitsbedingungen sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern – TVgG – MV) ([7/782](#))**

Die letzte Novelle des Vergabegesetzes hat keine positiven Veränderungen gebracht. Die SPD hatte argumentiert, dass es in der 7. Wahlperiode eine große Novelle geben soll. Wirtschaftsminister Harry Glawe hält eine solche Novelle nicht für nötig. Von der SPD wurde bislang auch nichts vorgelegt.

Deshalb sahen wir uns gezwungen, selbst aktiv zu werden. Zahlreiche Vorschläge von Gewerkschaften (DGB, Ver.di; IG Metall und EVG), der IHK und dem Ingenieurrat sind nach der Verbändeanhörung in den Entwurf eingeflossen.

## **Bleiberecht für Opfer rechtsmotivierter Straftaten ([7/1127](#))**

Die Zahl rassistisch motivierter Gewaltstraftaten ist in den vergangenen drei Jahren deutlich angestiegen, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Sie gelten besonders häufig Asylsuchenden und anderen geflüchteten Menschen. Die Folgen solcher Angriffe sind gerade für diese Betroffenen häufig besonders schwer zu verarbeiten: Belastende Wohnverhältnisse, fluchtbedingte Traumatisierungen, eingeschränkte Kenntnisse der deutschen Sprache und des Rechts sind nur einige Gründe, die eine Verarbeitung massiv erschweren können.

## **Änderungsantrag „Internationalisierung der Hochschulen“ ([7/1133](#))**

Die Internationalisierung der Hochschulen und Fachhochschulen des Landes ist aus unserer Sicht ein Projekt, dem vom hochschulpolitischen Standpunkt aus nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Daher nehmen wir Bestrebungen der Koalition in diese Richtung grundsätzlich positiv auf.

Einige Punkte des Antrages sind jedoch massiv zu kritisieren. So kann und wird die Linksfraktion nicht hinnehmen, dass nur „Studierende und Lehrkräfte in dafür besonders geeigneten Ländern“ für ein Studium in M-V gewonnen oder angeworben werden sollen. Grundsätzlich sollen unsere Hochschulen und Fachhochschulen Studierenden und Lehrenden aus allen Ländern offenstehen und nicht nur denen, die der Koalition genehm sind.

Weiterhin sind wir mit der Formulierung „bis zu 500.000 Euro“ nicht einverstanden, da diese Formulierung den Raum lässt, je nach Haushaltsslage oder Gutdünken der Koalition im Zweifel gar keine Mittel für den Ausbau der Internationalisierung bereitzustellen.